



Homo-Ehe - Bundesregierung verweigert sich der Gleichstellung

Pressemitteilung von Barbara Höll, 08. August 2011

"Die Bundesregierung verweigert sich hartnäckig der Gleichstellung der Homo-Ehe. Sie wartet einfach die nächsten Verfassungsgerichtsurteile ab und diskriminiert solange fleißig weiter", kommentiert Barbara Höll, Sprecherin für Lesben- und Schwulenpolitik der Fraktion DIE LINKE, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "10 Jahre Lebenspartnerschaftsgesetz - Gleichstellung für Lesben und Schwule". Höll weiter:

"Die bisherigen Gleichstellungen im Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht sowie im Grunderwerbssteuerrecht sind lediglich die Folge von erfolgreichen Klagen beim Bundesverfassungsgericht. Und so soll es nach der Antwort der Bundesregierung auch bleiben.

Auf die Frage nach der weiteren Gleichstellung im Steuerrecht - insbesondere im Ehegattensplitting - verweist sie auf die anhängigen Verfahren beim Bundesverfassungsgericht. Erst dann werde ‚geprüft‘. Diese Haltung ist zynisch, denn selbst der ehemalige

Bundesverfassungsgerichtspräsident, Hans-Jürgen
Papier, hält die Gleichstellung, auch im
Ehegattensplitting, für zwingend geboten. Doch die
Zeichen in der Bundesregierung stehen weiterhin auf
Diskriminierung."